

Redaktion und Verwaltung: 109, Prag II., 14m. 37 An die Kassa: Kassa: 109, Prag II., 14m. 37. Telegr. Adressen: Sozialdemokrat, Prag II., Dablickeva nam. 32. Boffscheknam 57544. Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreifachschlag.

Sozialdemokrat

Zeitung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Besten Abonnenten: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . KZ 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (11).
Nr. 43.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 22. Feber 1923.

Nr. 43.

Das Gesetz zum Schutze der Reaktion.

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

II.

Die Vieldeutigkeit des Gesetzes.

Ein Gesetz, das sich im Wesen viel weniger mit Handlungen als mit Äußerungen der Menschen beschäftigt, ist schon vorweg zur Unbestimmtheit, Verschommenheit, kurz zu dem verurteilt, was der Sprachgebrauch sehr richtig als *Kautschukcharakter* bezeichnet. Ein Gesetz, das politische Gesinnungen und ihre Betätigung verfolgt, ist also vorweg eine gefährliche Sache; wie solche Gesetze ausgelegt werden können, hat gerade dem tschechischen Volke die grausame Erfahrung des Krieges gezeigt. Was alles ist da als Hochverrat, als Störung der öffentlichen Ruhe, „erkannt“ worden! Die bürgerlichen tschechischen Massen mögen meinen, daß sie, da ihre Macht und Herrschaft nicht zu erschüttern sei, nicht befürchten müssen, von diesem Arsenal von Waffen hehelligt zu werden. Aber eine Arbeiterpartei? Was hier an Gewaltmitteln gegen Kommunisten geschmiedet wird, kann morgen gegen Sozialisten verwendet werden: denn in die Fänge dieser Paragrafen kann jede unbequeme politische Betätigung gepreßt werden; nach diesem Gesetze ist keine oppositionelle Partei ihres Lebens sicher. Welche Kurzsichtigkeit, aus scheinbaren Augenblicksbedürfnissen, welche Bedürfnisse diffamieren und, ein Gesetz zu bewilligen, das schließlich alle Arbeiter treffen kann!

Es schreibt sich zum Exempel so leicht jeder: durch Drohung mit Gewalt. Aber wo durch erfolgt die Drohung? Allein durch (gesprochene oder geschriebene) Worte! Was alles kann aber aus Worten herausinterpretiert werden! Ein Satz in einer Rede oder in einem Zeitungsartikel, der die „Unheilbarkeit“ der Republik oder ihre demokratisch-republikanische Form scharf angreift, ist ohne Schwierigkeit der Auslegung fähig, daß man mit Gewalt gedroht habe. Und so kann man denn wegen ein paar gesprochener Sätze, die schneller verhallen, als der Tag zu Ende geht, die Anklage und Verurteilung gewärtigen (die Verurteilung bis zu zwanzig Jahren schweren Kerkers!), daß man durch Drohung mit Gewalt einen Anschlag auf die Republik versucht habe. Halte man nur fest, daß Drohung durch Gewalt eben nur mit Worten begangen werden kann, so weiß man auch schon, daß das Gesetz ein Anschlag auf Rede- und Pressefreiheit ist. Was ist das: Unheilbarkeit des Staates? Darunter ist nicht der Versuch, einen Teil vom Staate loszureißen, gemeint, denn das wird ja (im dritten Absatz) geordnet angeführt; also kann unter „Unheilbarkeit“ nur das gemeint sein, was ehemals die Tschechen gegenüber der deutschen Forderung nach selbständiger Verwaltung des deutschböhmisches Gebietes vertreten haben: nicht bloß die Einheitlichkeit der Gesetzgebung, sondern auch der Zentralismus der Verwaltung. Ein energischer Artikel für die Autonomie eines Gebietes des „unteilbaren“ Staates kann also ohne besondere Anstrengung als Drohung mit Gewalt, diese Unheilbarkeit zu ändern, gedeutet werden! Als Vorbereitung zu „Anschlägen“ wird bezeichnet, zu diesem Zwecke „in direkte oder indirekte Beziehungen mit fremden Faktoren, insbesondere militärischen oder finanziellen, zu treten“. In direkte Beziehungen: was alles kann darunter subsummiert werden! Und was ist das: fremde Faktoren (Einheits)? Ein derartig vieldeutiger, jeder Auslegung zugänglicher Ausdruck, daß er unmöglich wäre, wenn es sich um kleine Straftaten handelte, der aber bei Strafe „bis zu zehn Jahren schweren Kerkers ausgeschlossen sein müßte“. Der Paragraph mag gegen ausländische Espione und Agenten zielen; aber ist er nicht auch gegen diejenigen zu gebrauchen, die zum Exempel mit der Dritten Internationale in „Beziehung“ stehen? Die Dritte Internationale vertritt die Diktatur des Proletariats, richtet sich also gegen die demokratisch-re-

Gegen den gesetzlichen Ausnahmezustand.

Stellungnahme des Bollzugsausschusses zum sogenannten Schutzgesetz.

Der Bollzugsausschuß des Parteivorstandes beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 21. Feber mit dem Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik. An den Bericht der parlamentarischen Vertretung schloß sich eine lebhafte Debatte, in der alle Redner berichteten, welche ungeheure Entrüstung es in der deutschen Arbeiterschaft ausgelöst hat, daß sie in einem dauernden politischen Ausnahmezustand verfehlt und der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats ständig bedroht und gefährdet werden soll. Uebereinstimmend erklärten es alle Vertrauensmänner einmütig für unerträglich, daß nun zu den Chikanierungen und Drangsalisierungen, die die Arbeiter in ihrer politischen Betätigung schon bisher zu erleiden hatten, durch dieses Gesetzesmachwerk noch rechtlich ein Zustand geschaffen werden soll, in dem das sozialistische Proletariat im politischen Kampfe um seine Befreiung durch schwere Kerkerstrafen bedroht wird. Daß die sarge Pressefreiheit beseitigt, das ohnehin geringe Vereins- und Versammlungsrecht beschränkt und die nackte Gewaltherrschaft der politischen Justiz und der arbeitserfindlichen Bürokratie aufgerichtet werden soll, dagegen wird die Partei den schärfsten Kampf führen.

Die Kreisorganisationen werden aufgefor-

dert, in den einzelnen Bezirken Massenversammlungen zu veranstalten und die Arbeiterschaft zum Proteste aufzurufen. Selbstverständlich wird auch der Reichsausschuß zu diesem farnosen „Schutzgesetze“ Stellung nehmen und über die weiteren Aktionen der Partei beschließen. Die Sitzung nahm den Bericht der parlamentarischen Vertretung über ihr bisheriges Verhalten und ihre Beschlüsse über die Taktik in der nächsten Zeit mit Befriedigung zur Kenntnis.

Die Sitzung beschloß, einen größeren Vortrag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in Deutschland zur Vinderung des durch die Ruhrbesetzung entstandenen Notstandes zur Verfügung zu stellen.

Die Sitzung des Bollzugsausschusses beschäftigte sich ferner mit den Vorarbeiten für den Reichsausschuß, der am kommenden Montag tagen wird. Es wurden eine Reihe von Anträgen zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung vorbereitet. Unter „Allgemeine Angelegenheiten“ wird sich der Reichsausschuß unter anderem mit der Arbeitslosenfrage, mit unseren Aktionen zur Unterstützung für das notleidende deutsche Proletariat im Ruhrgebiet und der Vorbereitung der Waiseier beschäftigen.

Die Hyäne Kapitalismus.

Französisch-englisch-deutscher Trutz zur Ausbeutung des Ruhrgebiets?

Berlin, 21. Feber. (Eigenbericht.) Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß französische Industrielle den Plan haben, gemeinsam mit der englischen Schwerindustrie das Ruhrgebiet auszubeuten. Zu diesem Zwecke soll das Rheinland zu einem selbständigen Staat gemacht werden. Diese Meldung klingt deshalb wahrscheinlich, weil schon früher der Plan zur Gründung eines deutsch-französischen Montantrastes bestand. Nun sollen wahrscheinlich englische Industrielle herangezogen werden, damit die Gewinnquote der deutschen Teilshaber, die man ja keinesfalls ganz ausschalten wird, verkleinert werden kann. Für uns ist die Tatsache wichtig, daß das internationale Kapital, wie wir wiederholt gegen alle Dementis behauptet haben, eine entscheidende Rolle bei der Besetzung des Ruhrgebietes spielt.

Breitscheid: An Englands Intervention vorläufig nicht zu denken.

Berlin, 21. Feber. (Eigenbericht.) Genosse Breitscheid ist aus England nach Berlin zurückgekehrt. Er bestätigt die Auffassung, daß an eine englische Intervention vorläufig nicht zu denken ist. Gegenüber den Angriffen der rechtsstehenden Presse erklärt Genosse Breitscheid, daß er zwar mit einem Vertreter der „Daily News“ gesprochen habe, daß aber von einem Interview keine Rede sein könne.

publikanische Form des Staates, macht auch kein Fehl daraus, daß die proletarische Diktatur nur mit Gewalt durchzuführen ist. Von der theoretischen Anerkennung des Rechtes auf Gewalt zu der „Auslegung“, daß eine „Drohung“ mit Gewalt vorliegt, ist der Weg für die Richter nicht weit; also ist der, der in „Beziehung“ zu einer Internationale steht, die die Diktatur des Proletariats verkündet, eben „zu diesem Zweck“ in „Beziehung“ zu „fremden Faktoren“ getreten. „Wer in Beziehung zu fremden Faktoren tritt, um in Verbindung mit diesen Faktoren einen bewaffneten Aufstand in der Republik zu bewirken“; kann man mit dieser Bestimmung nicht geradezu alles als Gefährdung der Sicherheit der Republik ausgeben? Wer Tatsachen, Maßnahmen oder Gegenstände, deren Verrat die Republik schädigen kann, und die deshalb geheim bleiben sollen“, zu dem Zwecke verrät, damit eine fremde Macht direkt oder indirekt von ihnen Kenntnis erhalte, begibt das Verbrechen des Verrates eines staatlichen Geheimnisses. Wohl zu beachten, damit ist nicht militärischer Verrat gemeint, der wird gesondert behandelt; was also denn? Wahrscheinlich alles, dessen Bekanntwerden der Regierung unangenehm sein wird! Eine indirekte Kenntnis könnte die fremde Macht natürlich auch durch die Veröffentlichung in einer Zeit-

Der Kagenhammer in Paris.

Berlin, 21. Feber. (Eigenbericht.) Der Pariser Berichterstatter der „Bösischen Zeitung“ bezeichnet es als charakteristisch für die Stimmung in Paris, daß man die Berichte über die Unterhandlungen Poincarés mit dem belgischen Ministerpräsidenten gleichgültig aufnimmt. Der ursprüngliche Plan, das Ruhrgebiet zur Zahlung der Reparationen auszunutzen, wird als gescheitert angesehen. Man sieht in der Besetzung nur noch eine Repressalie.

ung erhalten; das wäre so der Paragraph, nach dem von dem bayrischen Schandgericht, das sich Volksgericht nennt, der unglückliche Fechenbach verurteilt wurde. Mühte man auch darauf, daß nicht gesagt ist, daß der Verrat die Republik schädigt, sondern besagt wird, daß er „sie schädigen kann“, und daß „deshalb“ die Tatsachen, Maßnahmen und Gegenstände geheim bleiben sollen; also mühte der „Verfasser“ selbst richtig zu schämen vermögen, was geheim bleiben soll; eine abgeschmackte Forderung! Die Pflicht zur Anzeige — an sich eine traurige Sache, denn es ist ja die Pflicht zur Denunziation — kennt das altösterreichische Strafgesetz nur für Hochverrat; die Choc, Bufival zum Beispiel, die das „hochverräterische Unternehmen“ des Professor Masarnik nicht angezeigt haben und deshalb nach § 61 St.-G. zu schwerer Kerkerstrafe verurteilt wurden, haben erfahren, welche schände Pflicht das ist. In dem Schutzgesetz wird sie sogar für den Fall aufgestellt, daß jemand erfährt, es sei beabsichtigt, zum Beispiel den Präsidenten des Abgeordnetenhauses „am Körper zu beschädigen“. Die Anordnung einer solchen Pflicht müßte das Denunziantentum geradezu züchten. Aber das Gesetz läßt eben jede Besonnenheit vermissen. Es straft nicht bloß die unbefugte Bewaffnung, sondern bedroht auch den mit Strafe, „der es

unterläßt, der Behörde die unbefugte Bewaffnung anzuzeigen“. Wohin würde das alles führen!

Man hat sich über den altösterreichischen Aufreizungsparagraph weidlich lustig gemacht, und ohne Zweifel konnte man mancherlei einbeziehen, wenn (in dem bekannten § 300 St.-G.) gesagt wird, „wer öffentlich oder vor mehreren Leuten oder in Druckwerken, verbreiteten bildlichen Darstellungen oder Schriften, durch Schmähungen, Verpöhtungen, unwahre Angaben oder entstellte Tatsachen zum Hass oder Verachtung von Behörden aufzureizen sucht“. Aber das republikanische Schutzgesetz macht sich die Sache noch ungleich einfacher: wer aufhebt (poburje) wird mit strengem Arrest bis zu zwei Jahren bestraft. (Im § 300: mit Arrest bis zu sechs Monaten.) Aufhebt: Punktum! Ein echter Kaufschulparagraph ist auch der § 16 (öffentliche Aufwiegelung), was sehr deutlich gesagt werden muß, weil man mit ihm offenbar bei den Deutschen für das Gesetz Stimmung zu machen hofft. Bestraft wird danach die Aufreizung gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung „wegen ihrer Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion“; was sich ja auf dem Papier recht unbefangenen ausnehmen mag, sich in der Praxis aber eher als eine Androhung gegen die Deutschen bewähren mag und jedenfalls dem Merkantilismus nügen wird. Aber dann wird noch bestimmt, daß bestraft wird, wer auf „rohe und hegerische Art“ die Republik, die Nation, oder eine nationale Minderheit schmäh. „daß das die Würde der Republik herabsetzt oder den allgemeinen Frieden in der Republik, oder ihre internationalen Beziehungen bedrohen kann“. Daß das alles höchst unbestimmt ist (denn die Herabsetzung der Würde der Republik ist höchstens Empfindungssache) ist klar; und in der Wirklichkeit würde das wohl nur ein Schutz für eine Würde werden, die mit der Alleinherrschaft der Tschechen in der Republik als identisch erachtet wird. Was soll man sich unter einer „groben Ungebühr“ vorstellen, durch die die Ausübung einer Amtstätigkeit gestört wird, um ihre Würde herabzusetzen? Das ist wohl die „demonstrative Handlung, wodurch Abneigung gegen die Regierung oder Geringschätzung ihrer Anordnung ausgedrückt werden soll“, jener kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1854, die als Prügelpatent bekannt ist? Nur, daß man dafür im Jahre 1854 eine „Anhaltung“ bis zu 14 Tagen als ausreichend erachtet hat, wogegen man jetzt an Gefängnis bis zu drei Monaten denkt. Es ist auch nicht ohne Interesse, sich die Heuchelei zu betrachten, die da verübt wird. Im Grunde genommen soll damit den Bürgern der Respekt vor der Behörde beigebracht werden; der Paragraph (20) endet auch folgerichtig mit der Würde „eines Gerichtes oder eines anderen Amtes“. Aber anfangen muß er mit dem Präsidenten der Republik (was an sich ganz überflüssig, denn eine grobe Ungehörigkeit gegen den Präsidenten findet schon in den Strafbestimmungen über die Beleidigung des Präsidenten ihre ausreichende Sühne); es soll eben so ausschauen, als würde der Respekt vor dem Präsidenten der Republik diese Bestimmung nötig machen. Was soll man sich übrigens auch unter der „groben Ungehörigkeit“ denken, wodurch die „Rechtsmacht“ (pravomoc) eines Ausschusses des Abgeordnetenhauses oder einer Kommission des Senates „gestört“ wird? Im Paragraphen 16 wird mit Gefängnis bis drei Monate bedroht, wer „auf rohe und hegerische Art die Republik schmäh“; im § 20 wird mit Gefängnis bis drei Monate bedroht, wer „den Namen der Republik schmäh“. Das Gesetz denkt eben an alles! Sogar an das Bild des Präsidenten! „Der das Bild des Präsidenten schmäh oder beschädigt oder beseitigt“ soll auf drei Monate einsperrt werden. Fehlt nur noch, daß dem Bild Abbitte zu leisten sei.

In der Fülle der strafbaren Handlungen, die da aufgestellt wurden, kennt das Gesetz kein Maß. Und die allermeisten sind so vieldeutig, so weit und unbestimmt gefaßt, daß das Gesetz geradezu ein Drahtverhau wäre, in dem sich jede Kritik verwickeln kann. Und was ihr denn droht, soeben die Strafen, die das Gesetz mit besonderer Schroffheit ausmisst.

Inland.

Die tschechischen nationalsozialistischen Eisenbahner gegen die tschechische nationalsozialistische Partei. Die latente Krise in der tschechischen nationalsozialistischen Partei ist wieder einmal akut geworden, der Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei wird heftig geführt. Wie wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, sind aus politischen Gründen zwei Redakteure des Zentralorganes der Partei, des „Česko Slovo“, darunter der Chefredakteur Ing. Borek, gekündigt worden, drei andere haben aus Solidarität mit den Gefährdeten gleichfalls um ihre Entlassung angefragt. In Mladno wiederum hat am Sonntag Dr. Brěnský einen einzelnen Bestimmungen des Dekretes zum Schutz der Republik gesprochen und hat gedroht, daß er gegen das Gesetz stimmen wird. Es wird sich zeigen, ob Dr. Brěnský seine Drohungen wahr machen wird. Bisher hat der Genannte schlichtlich immer nachgegeben. Ein Kristallisationspunkt für die Opposition scheint nun der Verband der nationalsozialistischen Eisenbahner (Želzniční Ústředí) zu werden, deren Organ, die „Želzniční Lísty“ in ihrer Nummer vom 20. unter anderem schreiben: „Wir sehen die Notwendigkeit des ständigen Zurückweichens vor der angreifenden Bourgeoisie nicht ein. . . Wie weit diese Konzessionen schon gehen, davon zeugen auch die Vorfälle in der Redaktion des „Česko Slovo“. In einer anderen Stelle sagt das Blatt noch klarer: „Wir können nicht der Wahrheit ausweichen, auch wenn ihre Spitze gegen die uns politisch naheliegenden Kreise gerichtet ist, mit deren Hilfe wir in unseren wirtschaftlichen Kämpfen rechnen müssen. Und da ist es schwer, all die Beziehungen nicht zu befreien, welche das endliche Einstellen der Politik des Zurückweichens vor den bürgerlichen Parteien verlangen, einer Politik, die ihre Beweglichkeit heigert und die unterdrückten Massen radikalisiert, deren Zufriedenheit eine laienmäßig härtere Stütze des Staates ist, als die oberflächliche und auf Vorteile bedachte „Liebe zum Vaterland“ der hundertprozentigen Patrioten“. Eine Zeit lang schien es, als ob die tschechische sozialistische Partei (Nationalsozialisten) ihre innere Krise bereits überwunden hätte, nun mehren sich die Anzeichen, daß die Partei die Krise noch immer im Leibe hat und daß der Fortgang dieser Krise die Möglichkeit der Erschütterung der bestehenden Regierungskoalition in sich schließt.

Der Parteitag der deutschen Gewerbetarbei, ist nach einwöchiger Dauer geschlossen worden. Bemerkenswert ist, daß auf diesem Parteitag überhaupt keine Debatte abgeführt wurde, sondern nur Referate gehalten wurden. Das erste Referat hielt der zum Reichsparteivorsitzmann gewählte Alois Steingl aus Währisch-Teisbau, der die Notwendigkeit des Bestehens einer deutschen Gewerbetarbei darin erblickt, daß die bisher bestehenden bürgerlichen Parteien sich um die wirtschaftlichen Interessen des Gewerbestandes nicht kümmern. Die Partei habe bereits 50.000 Mitglieder (?) Ueber die politische Lage sprach Herr Ernst Eder aus Marienbad, der unter anderem erklärte, daß eine gesunde Wirtschaftspolitik unter Wahrung der nationalen Rechte der Deutschen sich nur dann mit Erfolg durchführen lasse, wenn sich die verschiedenen Klassen zu Parteien zusammenschließen. Von der Taktik der Partei in der nationalen Frage meinte er: „Wir wollen keine Canossagänge, aber auch keine angelegte Politik der „Friede“. Ueber die Alters- und Invaliditätsversicherung sprach Hans Lisch aus Mähren, der die Zwangsversicherung für alle Gewerbetreibenden verlangte. Ueber das Programm der Partei referierte Franz Kubella, Brünn, über die Gemeindefragen Josef Böhm aus Olmütz, der unter anderem hervorhob, daß die Partei bei den kommenden Gemeindefragen mit eigenen Listen auftreten wird. Schließlich sprach noch Herr Eißner aus Aulitz über die gewerblichen Kreditkassen, worauf die Wahlen erfolgten.

Der Frieden durch Osteuropa und den Orient gefährdet?

Paris, 21. Feber. (Havas.) Die Pariser Blätter besaßen sich mit der politischen Situation Europas und geben der Meinung Ausdruck, es sei nicht die Frage des Ruhrgebietes, welche derzeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen sollte. Zur Lösung dieser Frage genüge Geduld und Festigkeit. Die Gefahr, welche die verbündeten Großmächte und den europäischen Frieden bedrohe, liege in Osteuropa und im Orient. Die Mächte verweisen übereinstimmend auf das neue Ereignis, der Uebergabe der russischen Note in Kowno, in der die Moskauer Regierung die Litauer aller ihrer Sympathien versichert und erklärt, daß die Zuerkennung der Eisenbahnlinie Grodno-Wilna an Polen für Rußland gefährlich sei.

Marcel Cachin bleibt in Haft.

Paris, 20. Feber. (Havas.) Die Kammer hat mit 351 gegen 195 Stimmen den Antrag Comperes-Morels, Marcel Cachin einstweilen in Freiheit zu setzen, abgelehnt. (Er hat es gewagt, mit deutschen Kommunisten zusammenzukommen und gegen die damals noch geplante Besetzung des Ruhrgebietes Stellung zu nehmen. D. Red.)

Bertrauensvotum für Bonar Law.

London, 20. Feber. (Reuter.) Das Unterhaus wählte, nachdem es den Abänderungsantrag der Labour Party mit 307 gegen 176 Stimmen abgelehnt hatte, die Antwort auf die Thronrede einstimmig an.

Der Abwehrkampf an der Ruhr.

Abermalige Nämung Gelsenkirchens.

Berlin, 21. Feber. (Wolff.) In der vergangenen Nacht ist Gelsenkirchen zum größten Teile wieder geräumt worden. Dagegen wird jetzt auf allen Kontrollstellen des besetzten Gebietes eine scharfe Kontrolle ausgeübt. In sämtlichen Zügen wird das Gepäck untersucht und den aus dem besetzten Gebiete kommenden Zügen werden die Lokomotiven abgekoppelt, sodas die Züge mit der Weiterfahrt warten müssen, bis sie von Lokomotiven aus den unbesetzten Gebieten abgeholt werden.

Das Problem der Kölner Eisenbahnen.

London, 21. Feber. (Daily Telegraph) meldet, daß bis gestern abends zu später Stunde keine Regelung des Eisenbahnproblems in Kölner Gebiet erzielt worden sei. In britischen Kreisen werde die Ansicht vertreten, daß, wenn in dieser Zone entweder durch Aktion der deutschen Beamten oder weiter Forderungen der französischen Regierung Schwierigkeiten entstehen sollten, den Engländern kein anderer Weg offen bleiben würde, als die britischen Truppen zurückzuziehen.

London, 21. Feber. (M.A.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Ministerpräsident Bonar Law auf eine Anfrage bezüglich der französisch-britischen Vereinigung wegen Abtretung von Teilen einer Eisenbahnlinie im Ruhrgebiete mit, daß die britische Regierung Frankreich nur einen Teil desjenigen Gebietes abgetreten habe, welches dem Ranten nach durch England besetzt war und in welchem niemals britische Truppen waren. Bonar Law teilte weiter mit, daß die britische Regierung bei der spanischen Regierung wegen Verhaftung des Generals Carton de Wiart und des Majors Grant in Kowno eingeschritten sei.

Das andere Frankreich.

Daß, trotz der Kammererfolge Poincares, die französische Bevölkerung durchaus nicht ungeteilt zur Ruhraktion steht, beweisen die Ausführungen des Genossen Abg. Comperes-Morel im „Populaire“ über die in Paris erfolgte Doyv-Wahl des Verurteilten der Schwarz-Meer-Flotte, Marth: Die Wähler von Paris seien sich darüber klar gewesen, daß ihre Entscheidung weit über die Grenzen ihrer Stadtviertel hinausreichte. Demgemäß hätten sie mit wunderbarer Disziplin nicht nur für Marth, sondern auch gegen die nationalistische Reaktion und die Abenteuerpolitik gestimmt. Werde jetzt Poincare auf seiner wahnwitzigen Expedition nach dem Ruhrgebiet bsp. h. z. zu der die Kammer von 1919 ihn verurteilt hingegerissen habe? Werde er in einer geistigen Verwirrung vor der Geschichte die schreckliche Verantwortung dafür übernehmen, die zahlreichen Freundschaften zerbrochen zu haben, die die Welt Frankreich unter den zivilisierten Nationen besitzten habe und werde er das Land moralisch, wirtschaftlich und finanziell isoliert dastehen lassen in einer Welt, in der Haß und Begehrlichkeit die schlimmsten Gefahren über Frankreich heraufschwären könnten? Comperes-Morel schließt mit den Worten: Angeklagter Poincare, antworten Sie! — Kehulich klingt, aus bürgerlichem Lager,

Die tschechoslowakischen Schulden in Amerika.

Paris, 21. Feber. (Havas.) Der hiesige „New-York Herald“ meldet aus Washington: Der Prager Gesandte der Vereinigten Staaten teilte dem Staatssekretariat telegraphisch mit, daß aus Prag in kürzester Zeit eine besondere Finanzmission nach Washington abreisen wird, um dort wegen Konsolidierung der Schuld der tschechoslowakischen Republik in den Vereinigten Staaten in der Höhe von 106.250.000 Dollar zu verhandeln. Außenminister Dr. Beneš versicherte dem amerikanischen Gesandten, daß der tschechoslowakischen Republik sehr daran liege, ihre Verbindlichkeiten den Vereinigten Staaten gegenüber zu erfüllen.

Der Streit um Wilna.

London, 20. Feber. (Havas.) Aus französischen und englischen Quellen stammende Meldungen, stimmen darin überein, daß die Lage in Wilna ungewöhnlich ernst sei. Die Litauer behaupten, die Polen hätten einen Teil des Litauen zugewiesenen Gebietes besetzt. Wie verlaniet, beabsichtige Pibioni, den Völkerrundsrat einzuberufen.

Warschau, 21. Feber. Der heutige Tag verlief in der neutralen Zone in allgemeiner Ruhe. Nachträglich wird gemeldet, daß außer der Erschaffung Kalanze schwere litauische Artillerie gestern auch das Dorf Rodkamin beschoßen hatte. Der litauische Angriff wurde abgewiesen. — Der Warschauer Abendblätter zufolge wurde der Chef der englischen Militärmission, General Carton de Wiard, welcher die neutrale Zone inspierte und über dessen Schicksal einige Tage keine Nachrichten vorliegen, von litauischen Freischützen gefangen genommen und ist nach Kowno gebracht worden. Der General wurde über Intervention des dortigen diplomatischen Vertreters auf freien Fuß gesetzt und konnte heute nach Warschau zurückkehren. Der englische Major Grand, der gleichfalls gefangen genommen worden war, kehrte nach Warschau zurück. — Der polnische diplomatische Vertreter in Memel, Dr. Szarota, hat Memel verlassen.

eine in der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ veröffentlichte Unterredung, die ein Mitarbeiter des Blattes in Paris mit dem französischen General Sarrail, dem früheren Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient (der mehrfach im Sinne einer Verständigung mit Deutschland ausgesprochen hat. D. Red.) gehabt hat. Sarrail erklärte u. a.: Ich habe den Eindruck, daß die Politik unserer Regierung im Ruhrgebiet und am Rhein uns für immer des Rufes des Edelmites berauben wird, den unsere Traditionen seit der großen Revolution und unsere Haltung im Kriege uns in den neutralen Ländern verschafft haben. Ich würde mich freuen, wenn ich die öffentliche Meinung in Dänemark darüber aufklären könnte, daß es in Frankreich neben Poincares Bewunderern und Verteidigern auch Männer gibt, die seiner Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, das heißt den Weg der internationalen Versöhnung, beschreiten wollen. Besser als ich erzähle die Tatsachen, welche Mißerfolge die Besetzung darstellt, die Poincares ehrgeiziger Traum war. Es handelt sich nicht mehr darum, das stählerne Spielzeug in Antwerpen, das den Tod und die Gloire (so nennt man es ja) um sich verbreitet, in die Ferne zu senden, es handelt sich jetzt vielmehr darum, die Weltwirtschaft wieder herzustellen.

Sarrail bedauerte dann, daß Brantings Vorschlag, die Ruhrfrage dem Völkerrund zu unterbreiten, abgewiesen worden sei, da dieser die einzig mögliche Zuflucht bilde, und fuhr fort: Daß man Deutschland noch immer nicht in den Völkerrund aufnimmt, ist eine Absurdität. Die Geschichte lehrt uns, daß alle Völker ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Was der französische Staat in erster Reihe sein Gewissen befragen. Frankreich schuldet den Alliierten, bezahlt aber weder Zinsen, noch macht es Abzahlungen. Warum wenden wir uns nicht an den Völkerrund? Dieser Schritt kann doch unmöglich schlechtere Ergebnisse haben als die, die sich aus der Ruhroperation ergeben werden. Wir wollen die Nationalisten und den Appetit Poincares befriedigen. Unsere Soldaten stehen in Essen, Dortmund und Bochum. Wir haben aber dabei ganz Europa gegen uns.

Der lachende Dritte.

London, 21. Feber. (Havas.) In einer Versammlung der Eisenbahngesellschaften wurde erklärt, daß die Forderung, die seit einiger Zeit in der britischen Industrie zu bemerken war, infolge der französischen Ruhraktion fortgeschritten sei. Dieses Ereignis, sagte einer der Redner unter allgemeinem Beifall, hatte seit Abschluß des Waffenstillstandes den besten Einfluß auf die britische Industrie.

Verurteilung von Eisenbahnern.

Mainz, 20. Feber. (Havas.) Das Militärgericht verurteilte einige Eisenbahn-Funktionäre, Beamte und Arbeiter zu je 10 bis 14 Tagen Gefängnis, da sie sich geweigert hätten, die Anordnungen zu befolgen und Eisenbahner zum Streike aufgehetzt hätten. Der Direktor der Gewerkschafts-Diskontobank wurde zu 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Sämtliche Banken wurden zum Zeichen des Protestes geschlossen.

Der französische Bergarbeiterstreik beendet.

Paris, 20. Feber. (Tsch. P. B.) Der Landesausschuß des kommunistischen Bergarbeiterverbandes hat heute vormittags in einer außerordentlichen Sitzung über die Streiklage Erklärungen von Vertretern der verschiedenen Bergwerksgelände entgegengenommen. Im Anschluß daran wurde für morgen, Mittwoch vormittag, die Wiederaufnahme der Arbeit im gesamten Bergbau mit Ausnahme des Moseldepartements beschlossen. Falls in einigen Zentren die Arbeiterforderungen nicht erfüllt worden, soll der Streik am 4. März wieder aufgenommen werden.

Österreichs Anleihen und Kredite.

Wien, 21. Feber. (M.A.) Nach einer den Blättern zugehenden Mitteilung beträgt die gesamte Summe der Zeichnungen auf die Dollarschuldscheine 4.428.000 Dollar. Dazu kommen 800.000 Dollar, welche die Nationalbank übernommen hat, so daß sich der im Inlande gezichnete Betrag gegenüber der letzten Statistik auf 5.200.000 Dollar erhöht. — Nach einer hier eingelangten offiziellen Mitteilung hat die Reparationskommission die Freigabe der Pfänder auch für die langfristige Anleihe gemäß dem Völkerrundprojekt bewilligt. — Die italienische Regierung hat den italienischen 70 Millionen Virekredit zu den gleichen Bedingungen wie der von der französischen Regierung bewilligte freigegeben.

Der Lohnkampf in Mährisch-Odrau.

Mähr.-Odrau, 21. Feber. Heute fanden die Verhandlungen von Vertretern der Grubenbesitzer und Bergarbeiter des Odrauer Reviers wegen eines neuen Kollektivvertrages statt. Die Verhandlungen sind schwierig, insbesondere soweit es sich um die Verlängerung der sechsmonatigen Arbeitszeit an Samstagen handelt. Die Konferenz wird verlagert und ein besonderer enger Ausschuß beider Parteien wird über die Angelegenheit weiter beraten.

Tages-Neuigkeiten.

Die republikanische Freiheit.

Der kommunistische Sekretär des Raadener Bezirksgewerkschaftsartells, Hans Küfner, wurde nach Auflösung einer Versammlung, in der er gegen das Schutzesprechern wolle, innerhalb 48 Stunden aus der Republik ausgewiesen. Küfner, der bayrischer Staatsbürger ist, lebt seit vielen Jahren in Raaden und ist Familienvater.

Die kommunistische Partei in Prag hatte sich gestern abends zur Versammlung mit dem Programm „Gegen das Gesetz zum Schutze der Republik“ in die Wagenremise in Zizkov einberufen. Die Versammlung wurde von der Prager Polizei Direktion verboten.

An dem Begräbnisse Raschins muhten Lehrer und Schüler der deutschen Mittelschulen Prags teilnehmen. Auf Anordnung des Landesschulrates muhten in diesen Schulen Trauerfeiern abgehalten werden.

Der Präsident des Brüner Straßlandesgerichts eröffnete am Dienstag die Schwurgerichtsverhandlung gegen einen Mörder mit einem Nachruf auf Raschin.

In einer Prager Straßenbahn lag gestern nach Tisch ein Fahrgast ein tschechisches Wirtsbill. Er muhte den Wagen verlassen.

In den Prager Koffeekäufern und Hotels wurden am Dienstag die Gäste von Zivilwachleuten zur Legitimierung aufgefordert.

Gegen die Ruhrbesetzung!

Bersammlungen in Warnsdorf und Numburg.

Abgeordneter Genosse Hillebrand sprach Samstag und Montag in Warnsdorf und Numburg über das Thema „Die Agrargesfahr und die Aufgaben der Arbeiterschaft“. Die Bersammlung in Warnsdorf, die im Vereinshause statt fand, hatte einen massenhaften Besuch aufzuweisen. Genosse Hillebrand erörtert ein zweieinhalbstündiger Rede das Thema eingehend, befahte sich zuerst mit den Ursachen der Ruhrbesetzung und kam auf das Sehnen aller Völker auf Beendigung des Weltkrieges zu sprechen, das damals in der Forderung „Nie wieder Krieg“ ausklang. Die Friedensschlüsse, die von verblendetem Siegeswahndiktieren wurden, haben jedoch im Laufe der letzten Jahre einen so ungeheuren Konfliktstoff angesammelt, daß besonders durch die Vorgänge im Ruhrgebiet heute die Befürchtung groß ist, ein neues Nordens könnte wieder beginnen. Als erfreuliches Moment müsse es daher angesehen werden, daß die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder heute einmütig in der Beurteilung der Lage sei und daß sie ihre ganze Kraft gegen einen neuen Krieg und für die friedliche Ausrottung der Gegensätze und Versöhnung der Nationen einsetzen solle. Genosse Hillebrand sprach dann über das Schutzesprechern, dessen reaktionäre Tendenzen gegen die Arbeiterschaft er klarlegte und geistelte. Nach der Rede des Genossen Hillebrand sprach in der Debatte auch der Kommunist Hampele aus Reichenberg, der die Sozialdemokraten nur zu beschimpfen verstand. In seinem Schlusswort wandte sich dann Genosse Hillebrand scharf gegen die erhobenen Anwürfe der Kommunisten, wobei er von der verammelten Arbeiterschaft durch Zwischenrufe einmütig unterstützt wurde. — Die Bersammlung in Numburg, an der weit über 1000 Personen teilnahmen, nahm die Ausführungen des Genossen Hillebrand, der über dasselbe Thema wie in Warnsdorf sprach, mit Beifall entgegen. Auch hier versuchten die Kommunisten die Bersammlung durch Zwischenrufe und Angriffe während der Debatte zu stören, was ihnen jedoch nicht gelang.

Raubgier hüben und drüben.

Das gewissenlose Treiben an der sächsisch-schlesischen Grenze.

Unter dem Titel „An der Grenze“ veröffentlicht unser Chemnitzer Bruderblatt einen beherzigenswerten, mutigen Aufsatz, dem wir folgende Stellen entnehmen: „... Tausende von gewissenlosen Deutschen berauben ihr eigenes Volk der lebensnotwendigsten Güter und schleppen sie ins Ausland und helfen den Ruin Deutschlands mit Menschenhände herbeiführen. Man sollte nicht glauben, daß dieser Wahnsinn als etwas Selbstverständliches hingenommen würde, und doch ist's so. Ganze Ortschaften leben von nichts anderem als diesem Raub. Und wie leben sie! Alle Schank- und Vergnügungstätten dieser Baschernecker sind überfüllt. Man wüftet förmlich mit den wertlosen deutschen Zehntausenden. Alle Stände nutzen die „Situation“ aus. — Die Geschäftsleute verkaufen am liebsten an Ausländer, weil sie von ihnen viel höhere Preise fordern können und auch erhalten. Sie leisten dem Schmuggel in jeder Weise Vorschub. Aber wehe dem, der sie deshalb als „vaterlandlose Gesellen“ bezeichnen würde. Sie trafen förmlich von „Patriotismus“ und ergehen sich in den schärfsten Ausdrücken gegen die französischen Räuber — diese Pfänderer Deutschlands. — Von diesen „Geschäftsleuten“, deren Hirn ja von nichts anderem als Profit erfüllt ist, erwartet man schließlich nichts anderes. Aber daß auch Arbeiter dieses schändliche Treiben mitmachen, daß sie sich dazu mißbrauchen lassen, für

Ausländer Waren über die Grenze zu schaffen, daß auch sie immer mehr von der allgemeinen Gier erfaßt werden: das ist niederdrückend. Gewiß, manchen treibt die bittere Not dazu; aber viele stehen sich nicht schlechter als andere, die auf diesen schmutzigen Gewinn verzichten, und sie tun doch. Es ist, als ob ein wahrer Taumel die Bevölkerung erfaßt hätte auf der Jagd nach dem papiernen Kalb. — Und das Bedenkliche! Es mehrten sich die Zeichen, daß auch Beamte von der allgemeinen Korruption erfaßt werden. Es scheinen bis jetzt nur Einzelfälle zu sein, und doch gibt es zu denken. Man hält es kaum für möglich, daß sich Zollbeamte von einem Ausländer ansahen und sich von ihm in sehr ausgiebiger Weise „kränken“ lassen; doch sie bei ihm als „Indianergäste“ schmausen und in seinem Lokale nicht selten fröhlich zechen, trotz des hohen Salustandes der tschechischen Krone. Und dabei ist dieser „freigelegte“ Mann schon beim Schmuggel ertappt worden. Es soll durchaus nicht einer Ausländerhege das Wort geredet werden. Wir brauchen uns nicht mit einer christlichen Mauer abzuschließen; aber jede ungewissenlose Ausbeute ungehindert den Zutritt zu gestatten, das verbietet einfach die Selbsterhaltung. Jeder einzelne muß soviel Selbstverantwortlichkeit besitzen, daß er dieses Treiben an der Grenze nicht unterstützt. Alle Behörden haben die Pflicht, ihren Beamten strenge Handhabung der Gesetze einzuführen. . . . Arbeiter des oberen Erzgebirges, seid auf der Hut! Alle behördlichen Stellen aber seien gewarnt! So kann die Schlampe nicht weitergehen!

So geißelt das tschechische sozialdemokratische Blatt mit mutiger Offenheit die schwer schädlichen, korumpierenden Zustände an der Grenze und alle jene Leute, die sich durch Gewissenlosigkeit und jugendliche Raubgier daran mitschuldig machen. Unsere Pflicht ist es, zur Beseitigung dieser schändlichen Verhältnisse alles beizutragen, wozu wir fähig sind. Und es muß offen ausgesprochen werden, daß die Gier der „Ausländer“ — wölglich noch größer ist als jene der Reichsdeutschen, und daß der Raub von dieser Seite noch viel verwerflicher ist. Trüben hebt ein verhungertes Volk, das sicherlich vielfach aus bitterer Not vom Raub sein Dasein feistet. Ein weit härteres Urteil trifft jene Ausbeute diesseits der Grenze, die mit der größten Gewissenlosigkeit den Raub im Großen vollführt und deren schrankenlose, schamlose Gier das Schmuggeln geradezu provoziert. Neue „Ausländer“, die da die reichsdeutschen Zollbeamten im Auto spazieren fahren sind die Hauptschuldigen an den für beide Teile beschämenden, unerträglichen Zuständen. In ihrer Beseitigung beizutragen, ist unsere Pflicht, genau so wie die Pflicht der tschechischen Genossen.

Ermittelte Falschfächer.

Zeit längerer Zeit wurde beim tschechischen Grenzpolizeikommissariat in Bodenbach die Wahrnehmung gemacht, daß auf tschechoslowakischen Auslandsreisen für Deutschland die deutschen Papiere Fälschungen aufweisen. Den Bemühungen der Beamten des oben genannten Kommissariates ist es gelungen, die Spur ausfindig zu machen, die zur „Verfälschung“ der Fälschungen von gefälschten Papiere führte. Am 13. Febr. begaben sich Inspektor Tomek und Grenzpolizeigent Zolof nach Bruch bei Brüx, wo mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Hierbei konnte bereits genau ermittelt werden, wo sich die Stelle befindet, bei welcher die falschen Papiere gefertigt werden. Es wurden in einem Hause die Stempelkissen samt erforderlichen „Ausbeuten“ aufgefunden, desgleichen mehrere Pässe mit gefälschten Visa, sodas zur Verhaftung von drei Personen, welche dieses „Geschäft“ betreiben, geschritten werden konnte, die dem Bezirksgericht Oberleutendorf eingeliefert wurden. Die Fälschungen müssen in großem Maßstabe betrieben worden sein und daher ein einträgliches Geschäft dargestellt haben, denn täglich werden bei der Kontrollen in Bodenbach mehrere Pässe mit gefälschten Visa abgenommen. Die festgestellten wurde, sind die gefälschten Pässe durchwegs für den organisierten Schmuggel gebraucht worden. Die gefälschten Pässe werden den Besitzern konfisziert und gegen diese Passiere wird die Untersuchung wegen Übertretung der Vorschriften, eventuell auch wegen Täuschung eingeleitet.

„Valutageschäfte“. Gerhard Hauptmann arbeitet an einem neuen Drama. Es wird vielleicht die Stellung des Menschen zur Welt von einer neuen Seite beleuchtet, vielleicht das ewige Problem des Seins mit philosophischem Drang zu ergründen suchen, wird — nein, es wird nicht. Sondern es wird ein „Valutageschäft“ sein, dazu bestimmt, auf Bühnen der Tschechoslowakei gegen Tantiemen in guter tschechoslowakischer Valuta aufgeführt zu werden und einem spekulativen Ausländer verpönten Valutagewinn einzutragen. So wollen es die hochwohlweisen Behörden von Elbogen und Chodau. Uebrigens, alles Gerede von geistigen Werten und geistigen Zusammenhängen ist ein einiger großer Schwindel, die komplizierte Frage nach den Bindungen der Kultur läßt sich auf eine wunderbare einfache, überall anwendbare Formel zurückführen: Valutageschäft. Wie scharfsichtig sind doch die Behörden von Elbogen und Chodau! Valutageschäfte macht dieser „Schauspieler“ Ferdinand Gregori, wenn er von dem, was sein Leben ausfüllt, vom Theater und von der deutschen lyrischen Dichtung den unbedingten lauschenden Arbeitern erzählt. Bildung — Mumpst. Er denkt, während er redet, ununterbrochen an die für knisternden Banknoten, die ganz anders goldhaltig rauschen, als die lumb-

igen Marktscheine. Forscher, die das Ergebnis ihres mühevollen Suchens vor uns ausbreiten, Künstler, die in jahrelangen Ringen an einem Bilde, einer Dichtung arbeiten, Säger, deren hoher Klang uns zu tiefst in die Seele dringt — sie alle betören uns alberne Narren. Wir glauben, ihnen gilt die Sache, die Wissenschaft oder die Kunst, und davor lassen sie sich ins Fälschen und fügen uns Käse aus der Tasche. Bei Gott, es ist wahr: die Behörden von Elbogen und Chodau sagen es und das Schutzgesetz erklärt, daß niemand weiser ist als die Behörden. Sie haben das Mittel gefunden, die Tschechoslowakei zur glücklichen Insel mitten im tobenden Meer einer verderbten Welt zu machen. Niemand wird eingelassen, kein Gelehrter und kein Dichter darf fürder über die Grenze, „Valutageschäft!“ steht wie ein fortwährender Arm über jeder Station. Die hasenfüßigen Zusammenhänge zwischen der C. S. R. und dem Deutschen Reich hören auf und damit der freie Versuch geistiger Kolonisation, das goldene Zeitalter der tschechoslowakischen Eigenkultur bricht an. Die wahren Begründer dieser Republik sind nicht — der Zensur wegen nennen wir keine Namen, sondern der Bezirkshauptmann von Elbogen und der Steueramts-oberreferentstellvertreter von Chodau.

Dr. Raschins Leichenbegängnis. Die Leichenfeier für Dr. Raschin begann gestern um zwei Uhr nachmittags im Pantheon des Landesmuseums. Auf einem besonders zu diesem Zweck errichteten Katafalk ruhte der Sarg, zu dessen Seiten Sokol in die Ehrenwache hielten. In den Katafalk herum lagen Kränze und Blumen. Auf der Museumsrampe brannten sechs griechische Feuer und von den Rasten wehten schwarze Fahnen. Als der Trauerchor verklingen war, sprach im Namen der Regierung Minister Stribrny. Das ganze Leben Dr. Raschins, sagte er, war Kampf und auch die politischen Gegner erblinden im Verstorbenen ein Meister von einzig allein dastehender Energie. Bis zum 28. Oktober hat Dr. Raschin niedergelitten, am 28. Oktober hatte er zu bauen begonnen. An diesem Tage zeigte er sich in seiner ganzen Kraft und Größe. Der nächste Redner Senator Dr. Soukup fandte Dr. Raschin im Namen des tschechischen Revolutionärausschusses vom 28. Oktober den letzten Gruß. „Wir erfüllen“, sagte er, „dein Vermächtnis, wenn wir ohne Unterschied der Parteirichtung alles tun für die tschechoslowakische Republik und ihren geehrten demokratischen Namen. Am 28. Oktober haben wir nicht gewußt, ob Dr. Raschin am Abend des Tages am Pflaster der Prager Straßen niedergestreckt sein werde oder ob er das erste Gesetz der Republik unterschreiben werde. Vor der Majestät des Todes Raschins versprechen wir, zusammen zu stehen, fest wie Granit.“ Abg. Dr. Kramarisch sagte, er spreche im Namen derer, die dem Toten politisch am nächsten standen. Nach abermaliger Absingung eines Trauerchorales und des Hussitenchorales „Adoz iste bozi bojovnici“ wurde der Sarg aus dem Pantheon auf den Leichenwagen getragen, worauf sich der Trauerchor in Bewegung setzte. An der Spitze marschierten Truppen aller Waffengattungen, Polizei, Gendarmen und verschiedene uniformierte Vereine, unter ihnen auch Sokol, denen die politischen Organisationen der tschechischen Parteien folgten. Der Vorbeimarsch des Juges, der sich vom Wenzelsplatz über die Jungmannstraße, Wassergasse, Karlsplatz, Kornagasse, Balachstraße, dem Burghausplatz, die Schlesiische Gasse und Jungmannstraße zum Volkshäuser Krematorium bewegte, dauerte fünf Viertelstunden. Vor dem Nationaltheater wurde der Zug mit einem Märschoral begrüßt und in der Kornagasse wurde dem Sarge an der Stelle, wo das Attentat begangen wurde, eine Dornenkrone aufgesetzt. Im Krematorium sprach Abg. Dr. Sejn, worauf die Leiche den Klammern übergeben wurde. — Der Klub der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren hat an den Klub der tschechischen Nationaldemokraten ein Beileid schreiben geschickt. — In der gestrigen Sitzung des Senates — der Vize Dr. Raschins war mit einem Gewinde weicher und roter Rosen geschmückt — gedachte Präsident Braschel des Verstorbenen. Er sagte u. a.: Dr. Raschin war einer der feinsten Revolutionäre, einer der leidenschaftlichsten Verkünder der Wahrheit und einer der größten und grauamsten Mörder Oesterreichs. Dr. Raschin wich auch nicht, als ihm der Kerker drohte. Nach dem 28. Oktober wurde aus dem destruktiven Revolutionär des alten Oesterreich der konstruktive Baumeister der tschechoslowakischen Republik. Es ist eine furchtbare Tragik des Schicksals, daß dieser Mann als Opfer eines menschlichen Angriffs fiel.

Der Verkauf der Herrschaft Chotieschan. Wie seit längerer Zeit bekannt ist, beabsichtigt die Stadtgemeinde Pilsen, die Herrschaft Chotieschan mit ihren teilweise erschlossenen Weierhöfen und ihren im besten Zustand befindlichen Waldtälern käuflich zu erwerben. Der gegenwärtige Besitzer Thurn-Taxis in Regensburg ist bereit, unter den gegebenen Umständen diesen Kauf abzuschließen. Nach den geltenden Bodenreformgesetzen kann Großgrundbesitz, auch wenn er beschlagnahmt ist, von seinem Eigentümer verkauft werden, natürlich vorbehaltlich der Genehmigung des staatlichen Bodenamtes. Daß die Herrschaft Chotieschan die Kaufbewilligung erhält, ist natürlich vorauszusetzen. Nun kommen aber einige hundert deutsche Kleinlandwirte und Pächter in Frage, welche berechtigte Ansprüche auf Boden zurechnen haben. Aus diesem Grunde taute für jetzt in Etach eine Versammlung des Landverbands der Kleinbauern und Häusler, in welcher der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, mit den zuständigen Stellen in Verhandlung zu treten. Abgeordneter Genosse Leibl, welcher in dieser Versammlung referierte, wurde ersucht, bei der Distrik-

stelle des staatlichen Bodenamtes und beim Bürgermeisterrat der Stadt Pilsen zu intervenieren. Nun kann mitgeteilt werden, daß diese Verhandlungen bereits zu einem Ergebnis geführt haben. Der Präsident der Distriktsstelle des staatlichen Bodenamtes erklärte, daß die Stadtgemeinde Pilsen erst in Kaufverhandlungen stehe; sollte jedoch ein Kauf abgeschlossen werden, so werden dem Käufer Bedingungen auferlegt werden, welche die Rechte der deutschen und tschechischen Kleinlandwirte und Kleinpächter, soweit die bestehenden Bodenreformgesetze dies vorsehreiben, sichern. Weiters wurde zugesagt, daß jene Grundstücke, welche sich gegenwärtig in Pacht von Großbauern befinden, nach Ablauf der Pachtzeit, möglicherweise in einer kürzeren Frist, an Kleinlandwirte, welche nicht mehr als 8 Hektar Grund besitzen, verpachtet werden. Ein ähnliches Resultat ergab auch die Verhandlung mit dem Bürgermeister von Pilsen, Abg. P. L. Dieser erklärte dem Abg. Genossen Leibl ausdrücklich, daß, wenn der Kauf der Herrschaft Chotieschan zustande kommt, alle Rechte der deutschen, sowie der tschechischen Bodenbewerber, soweit sie im Gesetz vorgehoben sind, gesichert bleiben. Der Bürgermeister, Abg. M., erklärte ferner, daß diese seine Zusage zur Verhütung der Bevölkerung veröffentlicht werden kann.

Die Blutpolitiker. Das deutschnationale Wandtheater, das — wie wir gestern berichteten — im Komotauer Gebiete noch nicht dagewesene Bombenerfolge erzielt, gab am Samstag auch in Dux eine Vorstellung, in der Senator Raegle und Senatorin Herzog die Hauptrollen spielten. Die Aufführung war schlecht besucht. Die vordersten Sitzreihen nahmen die Nationalsozialisten ein, von denen Kurisch, Hartig, Karg usw. den Komödianten den lebhaftesten Beifall zollten. Und doch war in den Blättern der selben erst vor kurzem ein Angriff auf die Deutschnationalen als die ausgesprochenen Verfechter des Kapitalismus zu lesen. Wenn die selben den Deutschnationalen dennoch applaudieren, erhärtet dies die Tatsache ihrer engsten Gemeinschaft. Der letzte Akt der Duxer Aufführung stand im Zeichen der Herzog, die sich seinerzeit gegen die Kriegswallden so heilig benahm, und die nun den Frauen den Rat erteilte, nicht Wirtschaftspolitik, sondern Blutpolitik zu betreiben. Die tschechischen Hausfrauen von Dux werden doch nicht gar, loslöffelbewaffnet, zu Paris einziehen werden? — In der letzten Szene erklärte der Vorsitzende, daß Resolutionen keinen Wert haben. Sprachs und verlas eine Resolution.

Raschins Nachfolger in der Nationalversammlung. Der erste Erfragmann Dr. Raschins für die Nationalversammlung ist der Redakteur und Kämpfermeister Johann Kamelsh in Prag, der Sekretär des Gewerbetreibers der tsch. nationaldemokratischen Partei. s. u. n. g. eingeleitet.

Protestversammlung gegen das Schutzgesetz in Reichenberg. Montag abends fand in der Vereinshalle in Reichenberg eine von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Protestversammlung gegen das Schutzgesetz statt, die zahlreich besucht war und in der Abg. Genosse Anton Kofsch das Referat erstattete. Genosse Kofsch befaßte sich mit den einzelnen Bestimmungen des Schutzgesetzes und unterzog sie einer scharfen Kritik, wobei er nachwies, daß das Gesetz nur zur Unterdrückung der Arbeiterschaft beschlossen werden soll. Nach dem Genossen Kofsch sprach dann noch Abgeordneter Genosse Schäfer, worauf eine Resolution angenommen wurde, die gegen das Gesetz Stellung nimmt und in der es u. a. heißt: Die Versammlung macht nicht nur die tschechischen bürgerlichen Parteien und die tschechoslowakische Regierung verantwortlich für den Plan, durch ein Ausnahmengesetz jede oppositionelle Bewegung und jede freie politische Betätigung zu erdrücken, sondern mitschuldig daran sind außerdem die zwei tschechischen Arbeiterparteien, die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und die tschechischen Nationalsozialisten, die in schroffem Gegensatz zu jeder sozialistischen Denkart ihre Zustimmung zur Einbringung des unerhörten Gesetzesentwurfes im Parlament gegeben haben.

Die Mordtat der Monarchisten in Wien. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, befindet sich das zweite Opfer des monarchistischen Mordanschlages, Genosse Katsch, bereits außer Lebensgefahr. Die polizeiliche Untersuchung hat bisher ergeben, daß von den an dem Ueberfalle beteiligten Mitgliedern der „Ostara“-Gruppe sieben Personen Pistolen oder Revolver mit sich geführt haben. Diese Personen haben die Waffen von ihrem Anführer Oberleutent Szabo erhalten. Der verhaftete Johann Cermak hat gestanden, daß er einige Schüsse aus einer Stenographen abgegeben hat. Die Polizei hat den größten Teil der Waffen bereits zustande gebracht. Neun Personen wurden von der Polizei dem Wiener Landgericht 2 eingeliefert. Gegen die übrigen Verhandlungen werden die polizeilichen Erhebungen noch weitergeführt. — Aus Wien wurde uns noch gestern abends gedruckt: In der heute stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der Wiener Arbeiterschaft referierte Genosse Dr. Adler über „Das Verbrechen der Reaktion“. Er wies vor allem die von der Regierung und der Polizei ausgehende Auffassung zurück, als ob die sozialdemokratischen Ordner den hakenkreuzerischen Organisationen gleichzusetzen wären, bei den Ordnen handelt es sich um Männer, die aus Ueberzeugung die Republik schützen wollen, bei den Hakenkreuzern um gemietete Verknüpfungstürmer. Unsere Ordner wären überflüssig, wenn die Regierung selbst stark genug und ernstlich gewillt wäre, den Umtrieben der Reaktion entgegenzutreten. Dr. Adler erklärte weiters, daß das Begräbnis des ermordeten Genossen zugleich eine

große Demonstration der Arbeiter sein werde. Auch werde die Straßenbahn um halb 4 Uhr nachmittags fünf Minuten den Verkehr unterbrechen. — Die von den Kommunisten für heut. Nachmittag so pathetisch angekündigte Massendemonstration ist außerst flüchtig verlaufen. Es hatten sich keine 2000 Leute eingefunden.

Selbstmord des Wiener Zivilrechtslehrers Wellopacher. Wie die Korrespondenz Wellopacher meldet, hat gestern abends der bekannte Zivilrechtslehrer Universitätsprofessor Dr. Moriz Wellopacher durch Herabstürzen vom 3. Stockwerke seiner Wohnung in Wien Selbstmord begangen. Ueber die Motive ist nichts bekannt.

Eine neue sozialdemokratische Korrespondenz in Berlin. Wie uns aus Berlin berichtet wird, dürfte schon in nächster Zeit als Ergänzung zu dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ eine vom Genossen Paul Lewi geleitete wirtschaftliche Korrespondenz zu erscheinen beginnen. Sie befaßt sich „Sozialistische Politik und Wirtschaft“. Die Genossen Reichstagspräsident Loebe, Abg. Crispian, Heinrich Ströbel und andere haben ihre Mitarbeit zugesagt.

Die rumänische Fernreise. Aus Bukarest wird gemeldet: Die Behörden ordnen die Schließung des ungarischen Konfessionellen Museums in Großwarden an, weil sich die Schüler desselben mit irrendistischer Propaganda befaßten und die Aufsicht keine Bewilligung zur Unterrichtsbeteiligung hat.

Die jugoslawisch-alkanische Grenze. Aus Belgrad wird gemeldet: Im Sinne des Beschlusses der Völkerversammlung werden die Truppen des Königreiches SHS den letzten Teil der neutralen Zone längs der albanischen Grenzen besetzen. Zwischen den Grenzen bleibt eine 500 Meter breite Zone bis zum kommenden Sommer, wo die Grenzsteine eingesetzt werden. Die Bedeutung der neuen Abgrenzung beruht darin, daß hauptsächlich die Stadt Prizrend eine bessere Vertretung erhält. (Was natürlich für Jugoslawien die Hauptsache bleibt, schon in Abseht des „friedlichen Zusammenlebens“ mit den Nachbarn. Ann. d. Red.)

Der polnisch-russische Gefangenenaustausch. „Aurber Polak“ berichtet, daß der Austausch der politischen Häftlinge zwischen Polen und Sowjetrussland am 27. d. begonnen wird. Die Sowjetregierung wird an Polen 23 zum Tode verurteilte Polen und Polen wird an Rußland 23 in polnischen Gefängnissen befindliche Kommunisten ausliefern.

Portyhs Gerichte befehlen Karolyi. Aus Budapest wird gemeldet: Der Budapest Gerichthof verkündete heute das Urteil in dem Vermögensentziehungsprüfung gegen den Grafen Michael Karolyi. Dem Urteil gemäß fällt das ganze Vermögen des Grafen Karolyi wegen Vaterlands- und Hochverrats dem ungarischen Staate anheim. Die im Trianoner Friedensvertrag zugesicherte Strafflosigkeit wegen politischer Vergehen könne auf diesen Fall nicht angewendet werden, weil in dem Gesetz über die Inaktivierung des Trianoner Friedensvertrages bezüglich der Vaterlandsverräter eine Ausnahme gemacht wird.

Handgranatenausschlag von Reaktionären in Budapest. Wie aus Budapest vom 21. Febr. gemeldet wird, wurde Dienstag abends in der Redaktion des „Az Est“ für den Chefredakteur des Blattes und in der Wohnung des Abg. Kassay je ein Paket übergeben. Da diese den Empfängern verdächtig erschienen, wurden sie der Oberhauptmannschaft überantwortet, die sie von Schwerkriegswaffen öffneten ließ. Die Pakete enthielten eine in zwei Konservebüchsen eingeschlossene Militärhandgranate und einen Zettel mit der Aufschrift: „Herzliche Grüße von den 110ern“. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Eine Brücke über den Kleinen Belt. Aus Kopenhagen wird unterm 21. Febr. gemeldet: Der Minister für öffentliche Arbeiten legte in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission des Folketing einen Antrag auf Erbauung einer Brücke über den Kleinen Belt zwischen den Inseln Fülland und Fünen vor. Den Vorschlag für den Brückenbau haben Ingenieure der Staatsbahnen ausgearbeitet, welche eine zweigleisige Brücke 33 Meter über dem Meeressniveau vor schlagen, sodas auch die größten Schiffe unter dem Brückenhogen durchfahren können. Einer der Brückenbogen soll eine Spannung von 105 Metern, die beiden übrigen eine Spannung von 90 Metern haben. Die Kosten sind auf 30 Millionen Kronen veranschlagt. Die Vorlage soll erst im Herbst in das Abgeordnetenhaus kommen.

Banknoten mit dem Bilde Dr. Raschins. Bei der am Dienstag stattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Bankauschusses beim Finanzministerium stellte Oberdirektor Kooval den Antrag bei Kommissionen von Staatsnoten das Bild des Kopfes Dr. Raschins auf die Noten aufzunehmen.

Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit. In Troppan hat dieser Tage ein junges Ehepaar aus Verzweiflung über keine Notlage einen Selbstmordversuch dadurch begangen, daß es Laugenessig zu sich nahm. Der junge Ehemann war bis zu seiner Heirat beim Feiseur Kral in Troppan-Rathen beschäftigt gewesen. Als er dann heiratete und von seinem Weibee einen höheren Lohn verlangte wurde er entlassen. Da er nun keine neue Stellung finden konnte und sich daher mit seiner Frau in furchtbarem Not befand, wollten die beiden durch Selbstmord ihrem Dasein ein Ende setzen.

Töbliche Verewöhnung. Der 16-jährige Droguistenpraktikant Boh. Chytil in Proshitz wollte im Keller Himbeerlakt aus einer Flasche nachschöpfen, wechselte aber die Flaschen und trank Schwefelsäure. Er wurde ins Krankenhaus überführt, wo er nach furchtbaren Qualen nach kurzer Zeit verschied.

Gerichtssaal.

Betrügerin aus Not.

Freitag, 21. Feber. Die 20-jährige Privatbeamtin Anna K., die sich vor einigen Jahren von ihrem Manne scheiden ließ, lebt heute mit ihrem Kinde als Aftersmäterin in Prag-Karolinental in nicht besonders guten Verhältnissen. Die kleine Frau, die schwach nervenkrank und vollständig unfähig ist, empfindet daher den bitteren Lebenskampf, den sie allein führen muß, oft als schier unerträglich. Last und Mühe läßt sie daher in ihrer krankhaften Sucht nach Verschönerung größerer Summen zu Schritten hinreißend, die dann schwere Unannehmlichkeiten und auch gerichtliche Folgen mit sich bringen. So schrieb Frau K. am 27. Dezember an den Fabrikanten Hugo S. der mit ihr in derselben Wohnung als Aftersmäterin wohnt, einen Brief, in dem sie ihn um Gewährung eines Darlehens von 3000 Kronen bittet und versichert, ihm das Darlehen bestimmt zurückzahlen. Er möge das Geld, das sie dringend benötige, in einem Brief unter der Chiffre „A. Kent“ am Hauptpostamt hinterlegen. Unterschrieben war der Brief natürlich nicht. Am Schlusse des Briefes wird unter p. l. der Empfänger nachmals angefordert, ehestens das Geld zu schicken, da der Absender sich sonst genötigt sehen werde, die in Nordböhmen lebende Frau des Empfängers von dessen Prager Lebensweise zu unterrichten. Hugo S., der sich keiner Untreue gegen seine Frau bewußt war, übergab den Brief der Polizei, und hinterlegte am Postamt unter der Chiffre „A. Kent“ einen mit Papierfahnen gefüllten Brief. Dieser Brief wurde jedoch nicht abgeholt. Hugo S. erhielt vielmehr am 20. Dezember noch ein Schreiben, in dem er aufgefordert wird, im „Prager Tagblatt“ anzugeben, ob er das Geld bereits hinterlegt habe. S. möge sich jedoch hüten, die Sachverhalte zu übergeben, weil sonst ein großer Skandal entstehen würde. Einige Tage später wurde Frau K. auf dem Postamt von einem Detektiv erwischt worden, wenn sich dieser nicht so gut versteckt hätte, daß er aus seinem Versteck dann überhaupt nicht hinauskomme. Frau K. wurde jedoch später dennoch verhaftet und wegen Betruges dem Gerichte eingeliefert. Ein Strafprozeß sprach sie gestern von der Anklage frei, da er die Überzeugung gewann, daß die Angeklagte einer fixen Idee und der Angst vor ihrer Not zum Opfer gefallen ist.

„Erwachende Ungarn“ vor dem Bukarester Kriegsgericht.

Bukarest, 20. Feber. Vor dem Kriegsgerichte begann heute der Prozeß gegen sieben ungarische Staatsangehörige, welche wegen des Attentates auf das Leben des Königs angeklagt sind. Die Angeklagten gaben zu, Mitglieder der „Erwachenden Ungarn“ zu sein und erklärten, das Attentat sei in Budapest gegen den König von Rumänien als Staatsoberhaupt organisiert worden. In ein Attentat gegen die Königin Marie habe man aber nicht gedacht. Der Hauptangeklagte Toruczky erklärte, daß die „Erwachenden Ungarn“ enge Beziehungen mit den Fascisten und deutschen Geheimorganisationen (!) unterhalten.

Kleine Chronik.

Ein neues deutsches Geschichtsbuch. Das schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellte Preisausgaben für ein Handbuch der neueren deutschen Geschichte ist nunmehr durch das Reichsministerium des Innern in die Wege geleitet worden. Gegenstand der Darstellung soll die Geschichte Deutschlands von der französischen Revolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges sein. Dabei sind die politischen und wirtschaftlichen, wie die geistesgeschichtlichen und sonstigen kulturellen Tatsachen zu berücksichtigen, um so die Ursprünge und die Entwicklung der Mächte und Ideen darzulegen, die die heutige Staatsreform Deutschlands vorbereitet und geschaffen haben. Die Darstellung ist für die Hand des Lehrers bestimmt, sie soll ihm das Bild der deutschen Geschichte geben, das er selbst beherrschen muß, um in einer deutschen Schule Geschichtsunterricht zu erteilen. Als Preise sind ausgesetzt: ein Preis 500.000 Mark, zwei Preise von je 300.000 Mark und zwei Preise von je 200.000 Mark. Die Manuskripte sind bis zum 1. Dezember 1923 dem Reichsministerium des Innern einzureichen. Sollte sich bis dahin der Wert des deutschen Geldes in erheblichem Maße weiterhin verschlechtert haben, ist eine angemessene Erhöhung der Preise in Aussicht genommen.

Die Zwangsgehe in Anatolien. Nachdem schon vor längerer Zeit in Anatolien Bestrebungen im Gange waren, zur Erzielung einer stärkeren Volkovermehrung die Zwangsgehe einzuführen, hat jetzt der Abgeordnete von Erzurum für die Nationalversammlung in Angora, Zahi Effendi, einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Zwangsgehe für Anatolien obligatorisch erklärt. Der Abgeordnete begründet seinen Antrag damit, daß die fortgesetzten Kriege das Land so entvölkert haben, daß auf den Quadratkilometer heute nur noch zehn Bewohner entfallen. Es sei demnach eine unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederbevölkerung des Landes energische Maßnahmen in Anwendung zu bringen. Deshalb solle jeder junge Mann, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, gesetzlich angehalten werden, eine Frau zu nehmen und dafür zu sorgen, daß diese zumindest alle drei Jahre ein Kind zur Welt bringt. Die Beschließungen sollen ohne förmliche Feiern und Feste erfolgen. Für die demokratische Einfachheit der Eheführung hat er kürzlich Mustafa Kemal Pascha, als er sich in Smyrna verkehrte, dem Lande ein nachahmenswertes Beispiel gegeben. Nach der Berechnung Zahl! Offenbar würde die türkische Bevölkerung nach Durchführung des Gesetzes in 25 Jahren eine Steigerung von acht Millionen auf 48 Millionen Köpfe erfahren.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Ostrauer Grubenbesitzer provozieren. Eine Konferenz der Direktoren der Ostrauer Gruben, welche am 20. Feber stattgefunden hat, hat nicht nur alle Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt, sondern auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung gefordert. Nur im diesem Falle sind die Unternehmer geneigt, die bisherigen Löhne in Kraft zu lassen. — In einer Zeit, also, da wie der amtliche Index dartut, die Preise der Lebensmittel im Steigen begriffen sind, verlangen die Ostrauer Grubenbesitzer die Herabsetzung der Löhne. Eine ärgere Provokation der Arbeiterschaft läßt sich nicht denken. Wenn die Unternehmer nicht nachgeben, dürfte es zum Kampf im Ostrauer Revier kommen.

Ein nationaler Gewaltakt in der Preßburger Krankenkasse. Wie wir der „Sozialen Rundschau“, dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen in der tschechoslowakischen Republik entnehmen, hat der Kommissar der Preßburger Krankenkasse einen Mas herausgegeben, durch welchen den Beamten verboten wird, im Amt untereinander in einer anderen als der tschechischen Sprache zu sprechen. Alle Schriftstücke, die durch Versicherte in der Stadt Preßburg eingereicht werden, dürfen in keiner anderen als in der tschechoslowakischen Sprache bearbeitet werden. Dieses Vorgehen empfinden die Versicherten der Kassa als eine Herausforderung ohne gleichen, da von den 42.000 Mitgliedern, die die Kassa zählt, mehr als 65% Deutsche und Magyaren sind. — Von einer Ausschreibung der Wahlen in den Vorstand der Kassa ist natürlich wie bei allen anderen Krankenkassen keine Rede. Der Bürokratismus und Absolutismus gehen der Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Krankenwesens immer mehr zu Leibe.

Oesterreichs Energiegewinnung. Nach einer amtlichen Mitteilung über den Ausbau der Wasserkraft Oesterreichs sind im Jahre 1922 insgesamt 47 größere Wasserkraftwerke mit 261.490 Pferdekraften künftiger Höchstleistung im Bau begriffen gewesen. Wenn alle diese Werke den Betrieb ausgenommen haben werden, kann mit einer Ersparnis von 50000 Waggens Brennstoff gerechnet werden.

Besserung der deutschösterreichischen Handelsbilanz. Nach dem vorläufigen Ergebnis des österreichischen Außenhandels im vergangenen Jahre ging die Einfuhr von 82%, Millionen auf 74^{1/10} Millionen Meterzentner zurück, wogegen die Ausfuhr von 15^{1/10} Millionen Meterzentnern auf 21^{1/10} Millionen Meterzentner stieg. Der Wert der Einfuhr ging um 108 Millionen Goldkronen zurück, der Wert der Ausfuhr stieg um 146 Millionen Goldkronen. Der Einfuhrüberschuß Deutschösterreichs ging um rund 250 Millionen Goldkronen zurück. Von der Einfuhr entfallen 37^{1/10} Proz., von der Ausfuhr 33 Proz. auf Deutschland.

Ungarns Außenhandel. Budapest 21. Feber. (M.A.B.) Heute wurde die ungarische Außenhandelsstatistik für das Jahr 1922 veröffentlicht. Nach dieser betrug die Einfuhr 33einhalb Millionen Meterzentner, um zehn Millionen mehr als im Vorjahre, die Ausfuhr 104 Millionen Meterzentner, demnach um zwei Millionen mehr zuzunehmen. Eingeführt wurde hauptsächlich Holz, Kohle, Mineralien, Kachsal, Roheisen und Altsisen. Die Zunahme der Ausfuhr ist fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß an Jugoslawien als Wiedergutmachung 27 Millionen Meterzentner Kohle geliefert werden mußten. Auf dem Gebiete der Einfuhr ist bezüglich der Tschechoslowakei und Rumänien eine Verschiebung zu verzeichnen. Im Jahre 1921 entfielen 52 Prozent, im Jahre 1922 nur 25 Proz. auf die Einfuhr aus der Tschechoslowakei, während die Einfuhr aus Rumänien infolge der niedrigeren Valuta von 14 auf 36 Prozent anwuchs. In der Ausfuhr ist in bezug auf Oesterreich und die Tschechoslowakei eine Verschiebung zugunsten Jugoslawiens zu bemerken. Im Jahre 1921 entfielen von der Ausfuhr auf Oesterreich 57, auf die Tschechoslowakei 27 und auf Jugoslawien sechs Prozent, dagegen im Jahre 1922 auf Oesterreich 36 Prozent, die Tschechoslowakei 13 Prozent und Jugoslawien 36 Prozent. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder.

Ein polnischer Finanzplan. Wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, wird der endgültige Plan der Sanierung der Finanzen Polens in der nächsten Zeit dem Sejm vorgelegt werden. Der Plan umfaßt vier Hauptteile und zwar: 1) Einnahmen des Staates; 2) Einführung eines Wertmeters in Gold; 3) Ersparnisse; 4) Budget. Der Plan sieht unter anderem vor, daß als Vorbereitung zur Emission des polnischen Geldes die theoretische Goldinheit in weitestem Maße bereits heute in bezug auf das Staatsbudget angewendet werden soll. Aus Sparmaßnahmsrücksichten wird die endgültige Stabilisierung der Beamtenschaft bis Ende des Jahres 1923 verschoben. Das Gesundheitsministerium wird aufgehoben und dem Ministerium des Innern zugeführt. Das Eisenbahn-, Postministerium und Ministerium für öffentliche Arbeiten werden zusammen ein Ministerium unter dem Namen „Verkehrsministerium“ bilden. Der Staatshaushalt wird aus zwei Budgets bestehen, und zwar aus dem Verwaltungsbudget und dem Budget für Staatsunternehmungen. Diese letzteren sollen nach dem Muster der Privatunternehmungen geführt werden. Die eventuelle Emission des polnischen Geldes wird auf Grundlage der Deckung in Gold in der Landesrechnungslasse erfolgen. Unabhängig von dem Sanierungsplane wird ein Gesetz über

die neue polnische Emissionbank dem Seime vorgelegt werden.

Die Einführung der polnischen Mark in Polnisch-Oberschlesien. Katowitz, 21. Feber. Die Vorbereitungen der Behörden zur Einführung der polnischen Mark als gesetzlichen Zahlungsmittels im polnischen Teile Oberschlesiens sind im vollen Gange. Am 28. Feber erhalten die Arbeiter die Auszahlung noch in deutscher Reichsmark, vom 10. März angefangen werden die Löhne nur in polnischen Mark ausbezahlt werden. Das Kursverhältnis der polnischen zur deutschen Mark wird auf Grundlage der Warschauer und Danziger Börsenkurse geregelt werden.

Der Bergarbeiterlohnkampf in Oberschlesien. Katowitz, 21. Feber. Der Minister für öffentliche Arbeiten Darowski verhandelte vorgestern in Sosnowitz mit Vertretern der Bergarbeiterorganisationen über die Frage der Lohnerhöhung für die Bergarbeiter. Die Bergarbeiter im Dombrauer Revier fordern eine 150prozentige Lohnerhöhung. Die Grubenbesitzer aber sind nur zu einer 90prozentigen Lohnerhöhung bereit.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Krant	15'60.00
Berlin	Mark	685.00
Wien	öster. Kr.	2100

Züricher Schluskkurse.

	Geld	Ware
Paris	32.25'00	32.40'00
London	24.92'00	24.95'00
Berlin	0.23'00	0.24'00
Mailand	25.50'00	25.60'00
Holland	2.97'50	210'25
Wien0074.00	.0075'00
Budapest	0.19'50	0.20'50
Bras	15'50	15'60
New York	5.29'00	5.29'75
Belgrad	5'00	5'20
Warschau	0.01'25	0.01'50
Wien gef.	0.00'00	0.00'00

Literatur.

Bücherverzeichnis der Arbeiter-Zentralbibliothek in Bodenbach. Das Bücherverzeichnis, welches die Bibliotheksleitung vorlegt, ist ein schönes Zeugnis dreißigjähriger, treuer Bemühung um die geistige Förderung der Bodenbacher Arbeiterschaft. Wie viel jähre, unermüdete Arbeit hat es gekostet, ehe aus den kleinen unscheinbaren Anfängen eines Bestandes von kaum fünfzig Büchern eine Sammlung von über 2300 Büchern heranwuchs, und wie zeigt dieses ständige Wachstum für die lebendige Teilnahme einer bildungshungrigen Arbeiterschaft! Die Existenzgeschichte von Volksbibliotheken, das jahreslanges Sammeln und Geschenke den Bestand vermehren, macht es begreiflich, wenn nicht lauter eifrigste Literatur eingereicht worden ist und wenn dafür manches eigentlich Unentbehrliche fehlt. Der starke Bezug an Dumas und Jules Verne z. B. läßt sich, vom Sudler Saphir zu schweigen, so erklären und andererseits die Tatsache, daß Kunst- und Literaturgeschichte überhaupt nicht vertreten ist. Nun die Bibliothek gesichert und kräftig ist, darf sie an systematischen Ausbau in der Art denken, wie die sozialwissenschaftliche Abteilung gestaltet ist, und in diesem Sinne wünschen wir ihr auf ihren künftigen Wegen Glück und den alten erzieherischen Einfluß auf die Bodenbacher Arbeiterschaft.

Kunst und Wissen.

Richard Mayr, Wiener Staatsopernsänger und einer der bekanntesten unter den lebenden Bassisten absolvierte am Deutschen Theater ein zweiabendiges Gastspiel — endlich ein Gastspiel, über das zu berichten Freude macht. Dienstag hörten und sahen wir Mayr als Leporello, als Hölischen Diener seines Herrn und Meisters Don Juan. Der Stimmgewaltige prägt nirgends mit seinem reichen Material und ordnet sich überall, als wahrer Künstler, dem Kunstwerk und der Aufgabe unter, die ihm dieses stellt. Darum trotz er wohl auch als Leporello nirgends bewußt in den Vordergrund und es ist der beste Beweis für seine hervorragende Leistung als Sänger und Schauspieler, daß er trotzdem im Mittelpunkt der Oper stand. Unvergleichlich ist der verschlagene Humor, den Mayr in der sogenannten Register-Arie aus seiner Kehle strömen und auf seinem Gesichte widerspiegeln läßt, und entzückend, wie sich sein prouder Boh zu fast tenoral läßt klingender Höhe emporzuschmeicheln versteht. Mayr erntete reichen Beifall. — Den Don Juan sang diesmal Herr Josef Schwarz mit durchschnittlichen Stimmteilen, aber mit wirklich angemessenem, überlegen-verführerischem Spiel. Dem Komtur ließ Herr Ludw. markge Töne.

Neues Theater. Heute Donnerstag das wirkungsvolle Hauptdrama „Rose Bernd“. Morgen Freitag Gastspiel Karl, Martin-Brünn in Vorhingsoper „Der Waffenschmid“. Samstag „Günstling der Farin“, Sonntag abend Gastspiel Rubla „Evangelimann“. Montag neunzehnjähriger Schalkspeeres „Der Widerspenstigen Zähmung“.

Kleine Bühne. Heute Donnerstag, morgen Freitag und Sonntag abend der lustige Operettenschwanf „Die kleine Sänderin“. Samstag und Sonntag nachm. „Ingeborg“. (Premiere).

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Dux. Vor nun an sind alle Zuschriften und Sendungen an das Bezirkssekretariat an das „Deutsche sozialdemokratische Bezirkssekretariat Dux, Marktplatz 21, zu richten.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag 2, Fügnerova nam. 4. Donnerstag, den 22. Feber 1923 8 Uhr abends, findet im Restaurant „Goldenes Kreuz“ eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik. Referent Kollege Dr. Strauß.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar, 180

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solih.



Viteflo
MARBARNE
Dalkor
CENTRAL-ANSTALT FÜR DRUCKEREI

Diese Marke bürgt für **beste Qualität**

1410

Nr. 355 al 1923.

Einladung

zu der am 27. Feber 1923 3 Uhr nachm. im Sitzungssaal der Stadtverordneten Gablonz a. N. (Rathaus) stattfindenden öffentlichen Sitzung der Bezirksverwaltungskommission

Programm:

1. Genehmigung der Bezirksrechnung 1921.
2. Voranschlag 1923 1431

Der Vorsitzende **Ed. Ludw. Rodhammer**

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt **Bärtner & Co., Bodenbach a. E.** G. m. b. H.

Größtformatige, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkasse Nr. 157.463